

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 24 / 2017

THEMENSCHWERPUNKT:

»WESTFÄLISCHER FRIEDE« –
MODELL FÜR DEN MITTLEREN OSTEN?

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2016
- MUSICA PRO PACE 2016
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2016-2017

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan, Islamische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Susanne Menzel, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Jutta Tiemeyer

Einband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe. Abgebildet ist eine anlässlich des Westfälischen Friedensschlusses in Münster geprägte Medaille mit Datierung 1648.

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2016-2017 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668
Email: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2017

© 2017 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen, mit Universitätsverlag Osnabrück /<http://www.v-r.de/>. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen. Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0773-6
ISSN: 0948-194X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9
I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2016	
<i>Kinder im Krieg</i> Mit Christian Schneider, Areej Zindler, Gehad Mazarweh.	15
<i>Das Kalifat des IS – Herausforderung durch religiösen Fundamentalismus?</i> Mit Christoph Reuter, Daniela PISOIU, Yassin Musharbash	45
<i>Der Westfälische Friede als Denkmodell für den Mittleren Osten</i> Mit Frank-Walter Steinmeier, Rainer Hermann.	71
Antonio Pau Pedron, Madrid <i>Europa sieht Deutschland – Deutschland in Europa: eine spanische Perspektive</i>	93
<i>Was wird aus der Friedensmacht Europa?</i> Mit Günter Verheugen, Wolfgang Streeck	111
II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2016	
Stefan Hanheide, Osnabrück <i>Die »Erste Sinfonie« von Mikis Theodorakis und das »Erste Klavierkonzert« von Johannes Brahms.</i>	137

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Brendan Simms, Cambridge / Michael Axworthy, Exeter / Patrick Milton, Berlin <i>Der Friedenskongress von Münster und Osnabrück als Wegweiser für eine neue Friedensinitiative im Nahen Osten?</i>	149
Roland Czada, Osnabrück <i>Ein ›Westfälischer Frieden‹ für die Krisenherde der Gegenwart?</i>	159
Walter Siebel, Oldenburg <i>Stadt und Integration</i>	181
Elisabeth Musch, Osnabrück <i>Religion und Integration: Deutschland und die Niederlande im Vergleich</i>	189
Michael Pittwald, Osnabrück <i>Minderjährige Soldatinnen und Soldaten: Völkerrechtliche Regelungen und politische Realität.</i>	203
IV. ANHANG	
Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren	215
Abbildungsnachweis	221

■ III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

»WESTFÄLISCHER FRIEDE«
MODELL FÜR DEN MITTLEREN OSTEN?



Pax optima rerum – Der Friede ist das höchste Gut.
Medaille anlässlich des Westfälischen Friedens-
schlusses, Münster 1648

Brendan Simms, Cambridge / UK
Michael Axworthy, Exeter / UK
Patrick Milton, Berlin

Der Friedenskongress von Münster und Osnabrück als Wegweiser für eine neue Friedensinitiative im Nahen Osten?

Der Krieg in Syrien und im ganzen arabischen Raum scheint kein Ende zu nehmen. Manchen erinnert das an den Dreißigjährigen Krieg in Mitteleuropa. Doch stimmt die historische Parallele?

Ein ewiger Krieg. Endlos zieht er sich hin – geschürt von religiösem Fanatismus, vom Ehrgeiz einzelner Machthaber, von der Furcht, unter fremde Herrschaft zu kommen, und von wechselseitigem Argwohn. Nach und nach sind sämtliche benachbarten Mächte in den Sog der Gewalt geraten. Waffenstillstände unterbrechen dann und wann das Kampfgeschehen, doch sie scheitern allesamt. Unfassbares Leid bringt dieser Krieg hervor, Abertausende Flüchtlinge treibt er vor sich her. Nein, nicht von Syrien ist die Rede, sondern vom Dreißigjährigen Krieg, der die deutschen Lande im frühen 17. Jahrhundert in das Schlachthaus Europas verwandelte.

Hier, im Herzen des Kontinents, überschneiden sich die Interessen fast aller wichtigen Akteure des internationalen Mächtesystems. Die Franzosen, die Habsburger, die Schweden, die Osmanen, ja sogar die Engländer betrachteten die Region als relevant für ihre Sicherheit. Im politisch fragmentierten Reich rangen der Kaiser, die Fürsten und die Städte um Einfluss – ein Konkurrenzkampf, der durch tief greifende konfessionelle Spaltungen noch verschärft und verkompliziert wurde. Diese Instabilität des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation strahlte auf ganz Europa aus und provozierte eine militärische Intervention nach der anderen.

So wie der Dreißigjährige Krieg der Jahre 1618 bis 1648 aus einer Reihe eigenständiger, aber miteinander verschränkter Auseinandersetzungen bestand, umfasst auch der jüngste Konflikt im Nahen Osten mehr als nur eine Kampfzone. Da ist der Dauerkonflikt um die israelisch besetzten Gebiete, da ist das ewige Ringen im Libanon. Drei Golfkriege hat die Region erlebt – den iranisch-irakischen 1980 bis 1988, den Kuwaitkrieg 1990/91 und schließlich das umstrittene Eingreifen in den Irak 2003 unter amerikanischer Führung. Die derzeitigen Konflikte in Irak, Syrien und Jemen sind nur die neuesten kriegerischen Auseinandersetzungen, und wie der Dreißigjährige Krieg sind sie von konfessionellem Streit und der Einmischung benachbarter, aber auch weiter entfernter Staaten bestimmt.

Die historischen Parallelen sind nicht zu übersehen; viele haben auf sie hingewiesen. Und immer wieder wird auch an den Westfälischen Frieden erinnert, der den Dreißigjährigen Krieg 1648 beendete. Meist heißt es dann, die jüngsten Ereignisse hätten das teilweise Scheitern jener Vorstellungen von staatlicher Souveränität mit sich gebracht, die mit dem Friedensschluss ins Leben gerufen worden seien.

Dieser Lesart möchten wir widersprechen, denn sie beruht nur bedingt auf historischen Tatsachen. Keineswegs war es die Herstellung moderner ›staatlicher Souveränität‹, die den Kern der damaligen Friedensbemühungen ausmachte. Im Gegenteil: Das Streben der Einzelterritorien nach erweiterter Machtausübung stand in gewisser Hinsicht eher am Beginn des Konflikts als an seinem Ende. Um die Lektionen zu verstehen, die der Dreißigjährige Krieg für unsere Gegenwart bereithält, gilt es daher, die wahre Geschichte des Westfälischen Friedens zu rekonstruieren.

I. Wessen Land, dessen Religion: Der Dreißigjährige Krieg und seine Vorgeschichte – Nach der Reformation ab 1517 war das Heilige Römische Reich in katholische und protestantische Gebiete aufgeteilt worden. Religiös homogene Territorien entstanden dadurch allerdings nicht. Die Glaubensgemeinschaften waren – wie heute im Nahen Osten – grenzüberschreitend. Viele Landesherren versuchten umso unerbittlicher, eine einheitliche Glaubenslehre in ihrem Herrschaftsbereich durchzusetzen. Zudem wuchs die Konkurrenz zwischen den Territorialstaaten und damit auch die Bereitschaft der Herrscher, zugunsten von Glaubensgenossen, die unter andersgläubigen Fürsten lebten, zu intervenieren: eine weitere Parallele zum Nahen Osten von heute.

Nach einer Reihe von Kriegen im Gefolge der Reformation schloss der Reichstag zu Augsburg 1555 einen Religionsfrieden. Zum ersten Mal wurde darin anerkannt, dass es eines rechtlich-politischen Rahmens bedarf, der das konfessionelle Zusammenleben regelt; die Debatte über die theologische Wahrheit trat dadurch in den Hintergrund. Konfessionelle Fragen galten fortan als innenpolitische Angelegenheit der jeweiligen unverletzlichen Reichsstände. Dies sollte interventionistischen Gelüsten den Boden zu entziehen. So heißt es im Augsburger Reichsabschied von 1555:

»Es soll auch kein Stand den andern noch desselben Unterthanen [...] wider ihre Oberkeit in Schutz und Schirm nehmen noch vertheydigen in keinen Weg.«¹

Mehrere Jahrzehnte lang sorgte dies tatsächlich für Frieden. Und doch war die Übereinkunft mangelhaft. Denn die Fürsten tolerierten sich nun zwar untereinander, gegenüber ihrer Bevölkerung indes herrschte die alte religiöse Intoleranz. Das ›Reformationsrecht‹ (*ius reformandi*) erlaubte es ihnen, die Konfession ihrer Untertanen zu bestimmen – eine Form des religiösen Zwangs, die später in die Formel *cuius regio eius religio* (›wessen Land, dessen Religion‹) gegossen wurde. Den Untertanen stand lediglich das Recht auf Auswanderung zu, ansonsten wurden ihre Belange ignoriert.

Auch für die meisten protestantischen Reichsstände erwies sich die Augsburger Vereinbarung als äußerst unbefriedigend, begünstigte sie doch in hohem Maß die katholische Seite. Der Calvinismus etwa war erst gar nicht anerkannt worden, er galt weiterhin als Häresie. In Versammlungen wie dem Reichstag nutzten die katholischen Fürsten zudem das Mehrheitswahlrecht, um die Protestanten kaltzustellen. Die Gegenreformation der katholischen Kirche, die Zurückdrängung des Protestantismus in ganz Europa war in vollem Gange. 1618 schließlich standen die Zeichen auf Krieg.

Zum Auslöser wurde der Aufstand des protestantischen böhmischen Adels gegen das katholische Haus Habsburg – eine Revolte, die sich rasch zu einem umfassenderen Konflikt innerhalb des Reiches ausweitete.

Schon bald ging es nicht mehr nur um Glaubensfragen: Gekämpft wurde auch um konkurrierende Visionen der politischen Ordnung Mitteleuropas. Eine zentralisierte kaiserliche Monarchie stand gegen eine stärker föderal organisierte Reichsverfassung, die auf dem Mitspracherecht der Fürsten und anderen Reichsstände beruhte: die sog. ›deutsche Libertät‹. Dieses Kräfteessen wiederum verwandelte sich sukzessive in ein Ringen zwischen Habsburgern und den Bourbonen um die Vormachtstellung auf dem Kontinent. Der Konflikt durchlief in der Folge mehrere Phasen, in denen sich der Kaiser und seine hauptsächlich katholischen Verbündeten einer wechselnden – und wachsenden – Phalanx von Gegnern gegenüber-sahen: erst den böhmischen Rebellen und der Kurpfalz (1618 bis 1623), dann Dänemark und seinen norddeutschen Waffenbrüdern (1625 bis 1629), danach Schweden und seinen protestantischen deutschen Verbündeten (1630 bis 1634) und schließlich Frankreich, Schweden und ihren Alliierten (1635 bis 1648), deren Eingreifen ein gewisses Gleichgewicht herstellte.

Der Krieg brachte ungeheure Zerstörungen mit sich. Rund ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland kam ums Leben. Das individuelle Leid war unermesslich, wie uns der Bilderzyklus *Schrecken und Jammer des Krieges* des französischen Kupferstechers *Jacques Callot* in Erinnerung ruft. Durchziehende Truppen brannten Bauernhöfe und Dörfer nieder und

vergewaltigten oder folterten ihre Bewohner, um ihnen ihre Wertsachen abzupressen. Nicht selten schlossen sich die Heimgesuchten mangels anderer Möglichkeiten dieser oder jener Armee an – als Soldaten, Marketerinnen oder Prostituierte. Gräueltaten wie das Massaker und der Brand von Magdeburg 1631 mit mehr als 20.000 Toten sind in der kollektiven Erinnerung bis heute lebendig.

Wie derzeit im Nahen Ostens spielten in diesem Gewaltgeschehen nicht- und substaatliche Akteure eine wesentliche Rolle: Landstände und private Militärunternehmer damals, Terrorgruppen und Hilfsorganisationen heute. Und wie gegenwärtig in Syrien löste die Kriegsgewalt eine Flüchtlingskrise aus: Städte wie Ulm nahmen eine gewaltige Zahl Geflüchteter auf. Im Jahr 1634 waren es dort 8.000 bei 15.000 Einwohnern. Das ist mit der Situation im Libanon heute vergleichbar. Die daraus resultierenden Verschiebungen im religiösen Gleichgewicht entfachten häufig Unruhen in zuvor ruhigen Gegenden – ein Phänomen, das sich im Nahen Osten ebenfalls abzeichnet.

II. Geheilte Wunden, geteilte Macht: Wie es gelang, die Gewalt zu beenden – Fünf Jahre lang dauerte es, bis sich die Kriegsparteien 1648 auf einen Frieden einigten – in den berühmten, in Münster und Osnabrück geschlossenen Verträgen. Der Erfolg der Verhandlungen verdankte sich in nicht geringem Maß der Tatsache, dass die meisten Reichsstände an ihnen teilnahmen. Einen Kongress dieser Größenordnung hatte es zuvor noch nie gegeben, und es lag nicht zuletzt an der Bereitschaft der Beteiligten, unbekanntes diplomatisches Terrain zu erforschen, dass er am Ende Frieden brachte.

Die informellen Diskussionen zwischen den Gesandten und Würdenträgern, aus denen formellere Strukturen und schließlich Vertragsbestimmungen hervorgingen, waren ein wichtiger Baustein des Erfolgs. Ebenso grundlegend war die Herausbildung einer ›Dritten Partei‹, einer Kerngruppe von Fürsten beider Konfessionen, die kompromissbereit waren und als inoffizielle Vermittler zwischen dem Kaiser und den ausländischen Kronen agierten. Eine solche konfessionsübergreifende Partei war ein absolutes Novum. Sie trieb den Friedensprozess in seiner abschließenden Phase entscheidend voran.

Anders als es die mythischen Erzählung will, die ›Westfalen‹ nach wie vor umgibt, entstanden in der Folge keine ›souveränen Nationalstaaten‹. Der reale Westfälische Friede war seiner Struktur und seinen Konsequenzen nach etwas ganz anderes: Er bekräftigte eine *Ordnung bedingter Souveränität*. Denn obwohl offiziell bestätigt, wurde das Reformationsrecht faktisch außer Kraft gesetzt – durch die Erklärung des sogenannten

Normaljahres. Diese Regelung sah vor, dass die konfessionellen Rechte und Bedingungen so wiederherzustellen seien, wie sie am 1. Januar 1624 bestanden hatten. Das betraf nicht nur materiellen Besitz in Gestalt von Kirchen, Klöstern und Bistümern. Der Glaubensübertritt eines Fürsten konnte fortan auch nicht mehr über die Religionszugehörigkeit seiner Untertanen entscheiden.

Faktisch schränkte dies die Autonomie der Fürsten massiv ein. Sie herrschten immer noch auf Lebenszeit. Doch sie mussten nun gewisse Grundrechte ihrer Untertanen respektieren. Sie mussten eine abgestufte Glaubensfreiheit gewähren, die jetzt auch die Calvinisten einschloss. Sie mussten weiterhin Eigentumsrechte und den Zugang zum Rechtsweg garantieren. Auch die Rechte anderer Regenten hatten sie zu achten. Das Bündnisrecht wurde durch den Vorbehalt beschnitten, dass es sich nicht gegen das Reich, den Kaiser oder die durch die Verträge begründete Verfassungsordnung richten dürfe. Die Reichsgerichte – der Reichshofrat und das Reichskammergericht – behielten umfassende Befugnisse, um die im Friedensvertrag definierten konfessionellen Rechte und bereits existierenden Eigentums- und Gewohnheitsrechte der Untertanen von Fürsten durchzusetzen. Den Garantiemächten Frankreich und Schweden schließlich wurde das Recht auf eine Intervention zugesprochen, um die westfälischen Rechte und Bedingungen zu wahren. Versagten die Fürsten in ihren Pflichten gegenüber ihren Untertanen, konnten sie zum Ziel eines militärischen Eingriffs werden, der in einigen Fällen auch ihre Absetzung durch den kaiserlichen Reichshofrat einschloss. So erging es etwa Graf *Ferdinand Karl von Hohenems-Vaduz* (1684), Fürst *Wilhelm Hyacinth von Nassau-Siegen* (1707) und, am bekanntesten: Herzog *Karl Leopold von Mecklenburg-Schwerin* (1728).

Der Westfälische Friede ordnete die internationalen Beziehungen also mitnichten nach dem Modell eines Machtgleichgewichts souveräner Einzelstaaten. Er machte vielmehr die konfessionellen Angelegenheiten innerhalb der Territorialstaaten zum potenziellen Gegenstand einer legitimen Prüfung, Durchsetzung und Intervention von außen und sorgte für eine *Verrechtlichung* solcher Konflikte. Die konfessionellen Spaltungen wurden somit in einen rechtlich-diplomatischen Rahmen gelenkt und mittels Gerichtsverfahren und Verhandlungen entschärft statt durch Krieg entschieden.

Der Erfolg dieser Mechanismen blieb den Zeitgenossen in den folgenden Jahrzehnten nicht verborgen. In einer Phase erneuter religiöser Streitigkeiten im frühen 18. Jahrhundert kommentierte eine Erklärung der protestantischen Partei im Reichstag die Verbesserungen, die der Westfälische Friede für die Reichsverfassung gebracht hatte, wie folgt:

»Eine der grössten Ursachen, welche zu dem leidigen dreyßigjährigen Krieg die Veranstaltung gegeben«, heißt es in dem Dokument, sei gewesen,

»[...] daß Landes-Herren nicht gestatten wollen, daß andere Mit-Stände des Reichs frembder Landsassen und Unterthanen sich angenommen. Und solche Wunde hat eben der Westphaelische Friede geheilet.«

Die Garantie des Vertrags durch Frankreich, Schweden, den Kaiser und die Reichsstände (Russland kam 1779 hinzu) förderte diese Stabilität. Zugleich hatte die rechtlich begründete mitteleuropäische Friedensordnung einen beruhigenden Effekt auf ganz Europa, nicht zuletzt indem sie eine geopolitische Pufferzone zwischen den Großmächten schuf. Denn so wenig der Westfälische Friede den deutschen Territorien zur Souveränität verhalf, so wenig gestattete er es dem Kaiser, eine zentralisierte deutsche Monarchie zu errichten, die zu äußerer Machtprojektion fähig gewesen wäre. Das beste Zeugnis stellt vielleicht die Geschichte selbst aus: Nach 1648 war Mitteleuropa nie wieder in einen Religionskrieg verstrickt.

III. Verhasste Grenzen, grenzenloser Hass: Der Nahe Osten im Spiegel von 1618/48 – Erst in dieser entmythologisierten Fassung des Westfälischen Friedens finden sich seine wahren Resonanzen für den Nahen Osten von heute. Ob man nun die schiitische oder die sunnitische Lesart der Ereignisse akzeptiert: Sowohl Iran als auch Saudi-Arabien fühlen sich unsicher in der Region und wännen sich von Feinden umzingelt. Sie sind bis zu einem gewissen Grad paranoid und anfällig dafür, die wahre Natur der Bedrohung für sich und ihre Glaubensüberzeugungen falsch einzuschätzen. Fürchteten die europäischen Protestanten im 17. Jahrhundert die katholische Gegenreformation, so sehen sich im Nahen Osten heute die schiitischen Gemeinschaften einem aggressiven wahhabitischen / salafistischen Dschihadismus ausgesetzt, der ihren Glauben in ähnlicher Weise als abscheuliche Häresie betrachtet.

Wir wissen allerdings auch, wie schnell sich die Lage ändern kann. Nach dem schwedischen Eingreifen 1630 durch König *Gustav Adolf* gerieten die zuvor so triumphalen Katholiken in die Defensive, und ihre schlimmsten Alpträume wurden wahr. Genau diese Erfahrung trug maßgeblich dazu bei, den Weg zum Frieden zu ebnen: Damit am Ende eine Lösung stehen konnte, musste erst eine Desillusionierung über die Möglichkeiten einer religiösen Landnahme einsetzen. Davon ist man in Syrien und im Irak noch ein gutes Stück entfernt, aber vielleicht nicht gar so weit, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. So lange ist es nicht her, dass

manche Sunniten im Irak und anderswo ihre Illusionen über die Dschihadisten von Al Qaida verloren, die nichts anderes zu bieten schienen, als andauernde Gewalt um ihrer selbst willen, ohne Aussicht auf irgendeine Art von Sieg. Wie lange es dauern wird, den ›Islamischen Staat‹ niederzuwerfen, muss sich zeigen, aber zur Ernüchterung über ihn könnte es sehr schnell kommen, wenn sein millenaristisches Programm unübersehbare, ernsthafte Rückschläge erleidet.

Immer wieder wird in diesem Zusammenhang auf die *Kolonialgeschichte* der Region hingewiesen, auf ihre Auswirkungen bis heute. Aber liegt die Ursache der gegenwärtigen Konflikte tatsächlich in den Grenzziehungen, die Großbritannien, Frankreich und Russland nach dem Ersten Weltkrieg vorgenommen haben?

Syrien und Irak erlangten 1930 und 1932 ihre Unabhängigkeit. Ihre Gründung als souveräne Nationalstaaten Mitte des 20. Jahrhunderts war in einem gewissen Maß dem europäischen Modell des souveränen Staats geschuldet – ein Modell, das sich von dem herleitet, was wir als den ›Mythos‹ des Westfälischen Friedens bezeichnen haben. Manche würden sagen, dass dieses Modell künstlich und unpassend für die komplexen politischen Realitäten der besagten Staaten war und dass der sukzessive Zusammenbruch des Irak und Syriens, den wir seit einigen Jahren erleben, zumindest zum Teil eine Folge davon sei. Doch sind die Grenzen dieser Staaten womöglich nicht das wahre Problem. Schließlich folgten sie – auch diejenige zwischen Syrien und Irak, die der IS 2014 mit großem Trara für aufgehoben erklärte – im Wesentlichen denen früherer osmanischer Verwaltungsbezirke.

Bedeutsamer ist vielleicht die innere Verfasstheit der Staaten. Die Muslime empfinden das traditionelle Territorium des Islam immer noch als ein zusammenhängendes Ganzes. Ebenso wie Saudi-Arabien versteht sich Iran als legitimer Führer dieser einen islamischen Gemeinschaft. So wie das Christentum im 17. Jahrhundert durch den religiösen Konflikt auseinandergerissen, aber durch die gemeinsame Geschichte und den geteilten Glauben immer noch zusammengehalten wurde, verhält es sich heute mit dem Islam. Jeder Versuch, im großen Stil neue Grenzen zu ziehen, dürfte das Chaos daher nur verschlimmern, zu groß ist die ethnische, religiöse und stammesmäßige Komplexität der Völker, die innerhalb dieser Grenzen leben. Ebenso miteinander verstrickt und verbunden wie untereinander zerstritten, dürften sie sich jedem Versuch widersetzen, in einer anderen, ›weniger künstlichen‹ Weise aufgeteilt zu werden.

Der Westfälische Friede tastete die Vorkriegsgrenzen größtenteils nicht an. Was sich veränderte, war die Art und Weise, wie sich Territorien und konfessionelle Gemeinschaften zueinander verhielten. Hierin liegt zweifel-

los eine Lektion. So wie die Autorität des Kaisers von den protestantischen Reichsständen immer noch anerkannt wurde, wenn auch widerstrebend und voller Ressentiments, so müssen die schiitischen Muslime Saudi-Arabiens faktische Schutzherrschaft über die heiligen Stätten von Medina und Mekka anerkennen. Könnte ihnen das Bewusstsein eines gemeinsamen Erbes in der Region nicht die Kraft verleihen, sich dazu durchzuringen?

IV. Weltzerstörung, Weltaufbau: Perspektiven für einen neuen Westfälischen Frieden – Als »Forschungslaboratorium der Weltzerstörung« hat der österreichische Satiriker *Karl Kraus* einst die k.-u.-k.-Monarchie bezeichnet. Eine Beschreibung, die auch auf den Nahen Osten zutrifft, geprägt von konfessionellen Spannungen, von wechselseitigen Übergriffen benachbarter Staaten, vom Zusammenbruch bestehender staatlicher Ordnungen, von einem Exodus von Flüchtlingen.

Um diesem Bild etwas entgegenzusetzen, hat das *Forum für Geopolitik* in Cambridge ein *Labor des Weltaufbaus* gegründet. Es will eine Diskussion über einen Westfälischen Frieden für den Nahen Osten anstoßen. In Zusammenarbeit mit der Hamburger Körber-Stiftung bringt es Experten aus dem Nahen Osten, Europa und den USA zusammen, die über die Ursprünge und Konsequenzen des Westfalen-Mythos nachdenken, über die wahre Form des Westfälischen Friedens und über die Frage, wie sich das wahre westfälische Modell anwenden ließe, um zur Lösung des Konfliktes beizutragen.

Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich diese Idee bereits zu seiner Zeit als Außenminister in mehreren vieldiskutierten Reden zueigen gemacht. Auch die jordanische Regierung zeigt großes Interesse – eine Sitzung der Expertengruppe in Amman wurde vom Bruder des Königs, Prinz *Faisal Ibn Al Hussein*, eröffnet. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz im vergangenen Februar nahmen *Ahmed Aboul Gheit*, der Generalsekretär der Arabischen Liga, und *Staffan de Mistura*, der UN-Gesandte für Syrien, an einer Podiumsdiskussion zu dem Konzept teil.

Im Allgemeinen stößt die Idee eines ›Westfälischen Friedens für den Nahen Osten‹ in der Region auf Wohlwollen; die historischen Parallelen werden weithin akzeptiert. Zwangsläufig allerdings gibt es gewisse Vorbehalte gegenüber dem Import einer weiteren westlichen Vorstellung. Auch ob ein System von Garantien legitim wäre oder überhaupt funktionieren würde, bezweifeln die Skeptiker. Die Grundgedanken aber sind willkommen: Den Friedenskongress für alle Beteiligten zu öffnen, theologische Wahrheitsdispute auszuklammern, den konfessionellen Konflikt also zu ›verrechtlichen‹, und vor allem: Eine ›dritte Partei‹ ins Leben zu rufen, eine

Gruppe weniger mächtiger Akteure, einschließlich einiger der Hauptopfer des Konflikts, die die Verhandlungen in die Hand nehmen und den Lösungsprozess vorantreiben.

Nur: Wie könnte eine solche Lösung aussehen?

Das müssen die lokalen Akteure selbst entscheiden. Doch haben die bisherigen Diskussionen eine breite Übereinstimmung in drei Punkten aufgezeigt:

- Dass es erforderlich ist, wirklich alle interessierten Parteien zusammenzubringen. Punktuelle Vereinbarungen, so hat es sich gezeigt, greifen nicht.
- Dass die regionalen Parteien offen über ihre Sicherheitsinteressen sprechen und kollektiv Verantwortung für regionale Probleme übernehmen müssen, wenn auch mit Hilfe und Ermutigung von peripheren und nichtregionalen Mächten. Die Hoffnung, dass externe Mächte die Region wieder ins Gleichgewicht bringen oder an ihrer Stelle eine Lösung erzwingen, wäre verfehlt.
- Dass es wechselseitiger Garantien bedarf für eine Friedenslösung und einer wechselseitigen Aufsicht über die in ihr enthaltenen Verpflichtungen. Gewisse supranationale vertragliche und rechtliche Arrangements für die Überwachung und Durchsetzung der Vertragsnormen müssen also akzeptiert werden.

Der Kongress könnte vielleicht ein Abkommen beschließen, das Teile des Nahen Ostens zu einer von außen garantierten Sicherheitszone umbaut, ähnlich dem Heiligen Römischen Reich. In diesem Gebilde – das wahrscheinlich Syrien, den Irak, den Libanon und den Jemen umfassen würde – könnten zwischen- und innerstaatliche Gewalt geächtet, könnten Eigentums-, Rechtsbehelfs- und Minderheitenrechte gesichert (und trotzdem eine vorherrschende ›offizielle‹ Konfession zugelassen) werden, und die Bürger bekämen das Recht, bei einer höheren Autorität gegen ihre Regierung Beschwerde einzulegen. Auch ließen sich Maßregeln gegen konfessionelle Hassreden denken, wie es sie im Heiligen Römischen Reich gab.

Es wäre natürlich wünschenswert, als Teil einer umfassenden Befriedung nach westfälischem Vorbild auch den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern einer Lösung näherzubringen. Doch sollte man eine solche umfassende Regelung nicht unbedingt davon abhängig machen. Die Israel-Palästina-Frage ist nicht zentral für die gegenwärtige Situation in Syrien oder dem Irak und gehörte auch nicht zu den vorrangigen Zielen von Al Qaida oder dem IS, die sich beide viel stärker darauf konzentrierten, arabische Regime im Nahen Osten zu stürzen.

Leicht wird es nicht sein, Frieden zu bringen; viele sind schon daran gescheitert. Wenn es aber Mitte des 17. Jahrhunderts nach einem gesamteuropäischen Krieg möglich war, dann ist es auch im Nahen Osten möglich. Wie auch immer sie lauten mag, wird die Antwort nicht in einem Ergebnis, sondern in einem Prozess bestehen, der dem des Westfälischen Friedens in wesentlichen Punkten ähneln muss.

›Lehren aus der Geschichte‹ zu ziehen, birgt natürlich seine eigenen Gefahren. Wir wissen, dass die Vergangenheit ein fremdes Land ist, in dem andere Regeln gelten. Die Ursprünge der konfessionellen Spaltung im Islam sind andere als im Christentum. Doch sollten wir nicht zu bescheiden sein. Wie Frank-Walter Steinmeier gesagt hat, wissen manche Beobachter im gegenwärtigen Nahen Osten vom religiösen Extremismus und Konflikt in der europäischen Vergangenheit und fragen danach, wie wir ihn historisch überwunden haben. Wir schulden ihnen eine Antwort, und auch wenn wir ihnen keine fertige Lösung präsentieren können, können wir ihnen doch nützliche Informationen liefern, die zu einer Lösung führen könnten.

Der irische Dichter *Seamus Heaney* formulierte einmal den Wunsch, ›Hoffnung und Geschichte‹ würden sich ›reimen‹. Er sprach von seiner Heimatprovinz Ulster, die, seinerzeit vom Bürgerkrieg zerrissen, heute in einem angespannten Frieden lebt. Unsere Hoffnung ist es, dass die wahre Geschichte des Westfälischen Friedens eine gewisse Hoffnung für den Nahen Osten bereithält.

Die deutsche Geschichte ist so oft – und aus guten Gründen – als ein Labor der Weltzerstörung betrachtet worden. Möge sie diesmal für etwas Konstruktives stehen.

Aus dem Englischen von Michael Adrian.

Zuerst erschienen unter dem Titel ›Ein Westfälischer Friede für Nahost. Kann der Frieden von Münster und Osnabrück 1648 ein Vorbild für heute sein?‹. In: DIE ZEIT, Nr. 20/2017, 11. Mai 2017.

1 Vgl. <http://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/finde/langDatensatz.php?urlID=739>.